

# EU-Nachrichten

**08**  
2018

**KURZ & KNAPP**
**Syrien-Konferenz** **3**

6,9 Mrd. Euro Hilfgelder zugesagt

**IM FOKUS**
**Künstliche Intelligenz** **4**

EU soll führende Rolle bei der Entwicklung spielen

**Europawoche 2018** **6**

Umfangreiches Programm quer durch Deutschland

**REISEPROGRAMM „DISCOVEREU“**
**Junge Leute sollen Vielfalt Europas entdecken**

Bis zu 30 Tage quer durch die EU reisen und dabei bis zu vier ausländische Orte besuchen: Das will die EU 2018 mindestens 20.000 ihrer jungen Bürgerinnen und Bürger ermöglichen. Für das neue Programm „DiscoverEU“ stehen in diesem Jahr 12 Mio. Euro bereit. Die ersten 15.000 Reisenden können sich im Juni online über das „Europäische Jugendportal“ bewerben. Eine Jury wird die Teilnehmer auswählen. Sie müssen bis zum 1. Juli 18 Jahre alt sein und im Sommer Zeit für die Reise haben.

Eine weitere Ausschreibung ist für die zweite Jahreshälfte geplant. „DiscoverEU“ geht auf eine Initiative des Europäischen Parlaments zurück. Ziel ist es, dass junge Leute andere Länder und Menschen in der EU besser kennen lernen, den kulturellen Reichtum des Kontinents erfahren und entdecken, was die EU zusammenhält.

▮ [Jugendreiseprogramm der EU](#)



EU-Haushaltskommissar Oettinger und Kommissionpräsident Juncker erläuterten, wie die Bewältigung neuer Aufgaben mit der Brexit-Lücke im Haushalt in Einklang gebracht werden soll.

© Europäisches Parlament

**MEHRJÄHRIGE FINANZPLANUNG**
**Modernes Budget für EU vorgeschlagen**

Von der Europäischen Union wird erwartet, für Sicherheit und Stabilität in einer instabilen Welt zu sorgen. Die neuen Herausforderungen zu meistern und gleichzeitig die Lücke auszugleichen, die der Austritt Großbritanniens im EU-Haushalt hinterlässt, bedeutet einen schwierigen Balanceakt.

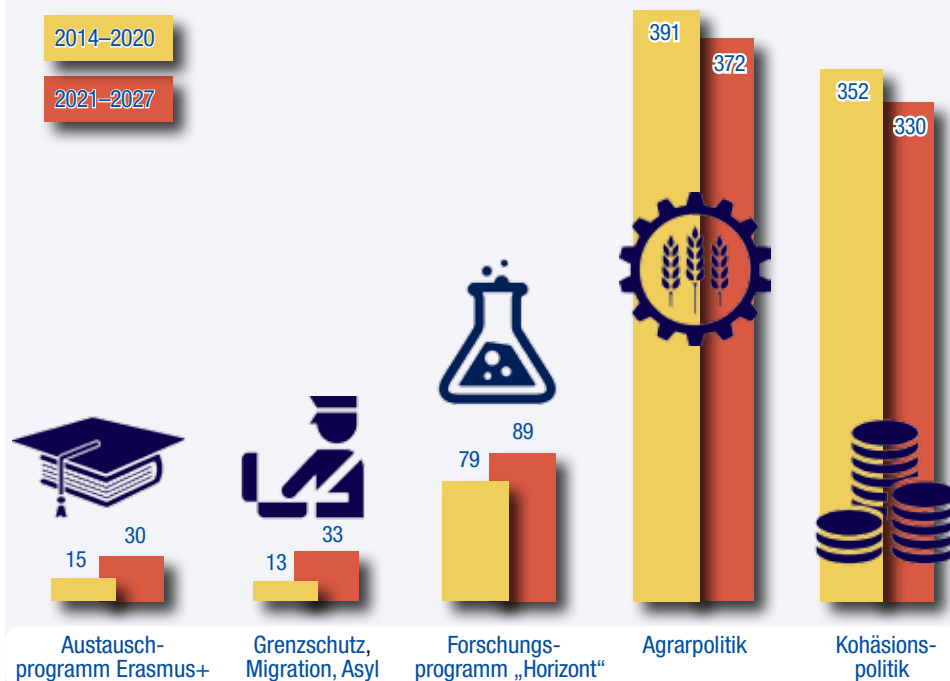
> Mit ihrem Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) von 2021 bis 2027 hat die EU-Kommission nun gezeigt, wie sich das bewältigen ließe. „Mit dem heutigen Vorschlag haben wir einen pragmatischen Plan vorgelegt, wie man mit geringeren Mitteln mehr erreichen kann“, sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. „Die neue Haushaltsplanung bietet die Chance, unsere Zukunft als neue, ambitionierte Union der 27 zu gestalten, in der alle Mitgliedstaaten in Solidarität miteinander verbunden sind“, erklärte er.

„Wir investieren noch mehr in Bereichen, in denen ein einzelner Mitgliedstaat allein kei-

ne Lösungen finden kann oder in denen ein gemeinsames Handeln einfach effizienter ist“, sagte EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger. So sollen die Ausgaben für Innovationsförderung und das Forschungsprogramm „Horizont“ um 60 Prozent steigen, die für das Umweltprogramm „Life“ um 50 Prozent. Die Mittel für das Austauschprogramm Erasmus+ sollen verdoppelt werden, die für Sicherheit und Verteidigung um 40 Prozent steigen, und für Schutz der Außengrenzen, Migration und Asyl soll es nahezu eine Verdreifachung von 13 Mrd. Euro auf rund 33 Mrd. Euro geben. Dadurch könnte etwa die EU-Grenz- und Küstenschutzagentur 2027 rund 10.000 statt derzeit 1.200 Mitarbeiter beschäftigen. >>

## WICHTIGE VERÄNDERUNGEN IN DER EU-HAUSHALTSPLANUNG

Ausstattung im Zeitraum 2014–2020 gegenüber Ausstattung im Zeitraum 2021–2027 (alles in Mrd. Euro)



Bilder: Shutterstock

Quelle: EU-Kommission

legende Modernisierung der EU-Ausgaben und deren konsequente Ausrichtung an einem „europäischen Mehrwert“ ein, dafür sei der Kommissionsvorschlag ein wichtiger erster Schritt.

Künftig will die Kommission Zahlungen aus dem Gemeinschaftshaushalt von der Einhaltung der EU-Rechtsstaatlichkeitsstandards abhängig machen. „Wenn es Streit um europäische Haushaltsprogramme gibt, muss die Unabhängigkeit der dritten Gewalt gewahrt sein“, begründete Oettinger das. Werden hier Defizite festgestellt – etwa vom Europäischen Gerichtshof – will die Kommission vorschlagen können, dass je nach deren Ausmaß Zahlungen ausgesetzt, verringert oder beschränkt werden. Der Ministerrat müsste das dem Vorschlag zufolge billigen, sofern nicht eine qualifizierte Mehrheit dagegen stimmt. „Das ist gemeint, wenn von verantwortungsvollem Umgang mit Steuergeldern die Rede ist“, sagte Juncker.

Auch neue Instrumente für die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion solle es im EU-Haushalt geben, kündigte er an. So soll ein „Reformhilfeprogramm“ mit insgesamt 25 Mrd. Euro Staaten helfen, Strukturreformen anzugehen, die ihnen im Rahmen des Europäischen Semesters zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik empfohlen werden. Zur Unterstützung von Staaten, die den Euro einführen wollen, soll eine Konvergenzfazilität eingerichtet werden.

Bis zu 30 Mrd. Euro sollen für Kredite in einem Topf zur „Investitionsstabilisierung“ bereit stehen. Gedacht ist die Hilfe für Mitgliedstaaten, die von schweren Wirtschaftskrisen getroffen werden. Damit soll verhindert werden, dass wichtige Investitionen unterbleiben und sich die Krise dadurch langfristig noch verschlimmert. (frh) >

### EU-Budget 2021-2027

#### 1,11 Euro von Hundert für die EU

Der EU-Mehrjahreshaushalt von 2021 bis 2027 soll 1,279 Bio. Euro an Zahlungsverpflichtungen für 27 Mitgliedstaaten umfassen, das wären 1,11 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU. Für die Jahre 2014 bis 2020 liegt diese Kennzahl bei 1,03 Prozent für 28 Staaten, was etwa 1,087 Bio. Euro entspricht. Rechnet man Großbritannien heraus, wären es laut EU-Kommission 1,13 Prozent.

>> „Wir müssen wissen, wer zu uns kommt“, betonte Oettinger. Damit die mancherorts eingeführten Kontrollen an den EU-Binnengrenzen wieder aufgehoben werden können, brauchen die Staaten an den Außengrenzen dabei Unterstützung.

Kürzungen um rund 5 Prozent schlägt Oettinger bei den Kohäsionsmitteln, etwa für Strukturförderung, vor. Auch bei der Agrarpolitik sollen insgesamt etwa 5 Prozent gekürzt werden, bei den Direktzahlungen an Landwirte gut 4 Prozent. Das sei moderat. „Kein Programm ist geschädigt“, betonte Oettinger. Juncker sprach von einem „ehrgeizigen Plan, der gerecht für alle ist“. Hätte die Kommission nur die Mittel für alle neuen Herausforderungen dazugefügt, ohne Kürzungen, wäre laut Juncker ein Volumen von rund 2 Prozent des Bruttonationaleinkommens entstanden.

#### Bedeutung nationaler Beiträge verringern

Abgeschafft werden sollen etwa auch sämtliche Rabatte für bestimmte Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland. Allerdings soll es dafür eine Übergangszeit von fünf Jahren geben, um plötzliche Anstiege nationaler Beiträge zu vermeiden. Um die Bedeutung der nationalen Einzahlungen zu mindern, die derzeit laut Oet-

tinger rund 70 Prozent des EU-Haushalts ausmachen, schlägt die Kommission eine Reform des EU-Eigenmittelsystems vor. So sollen die Mitgliedstaaten 90 statt 80 Prozent aller Zolleinnahmen an die EU abführen. Von der – noch nicht beschlossenen – gemeinsamen, konsolidierten Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage soll ein Abrufsatz von 3 Prozent für das EU-Budget sein. Zudem möchte die Kommission 20 Prozent der Einnahmen aus dem EU-Emissionshandel in die EU-Kasse leiten und 0,80 Euro pro Kilogramm nicht wiederverwertetem Plastikverpackungsmüll. Letzteres halte er für eine „sehr unbürokratische“ Lösung, sagte Oettinger. Die Mitgliedstaaten könnten selbst entscheiden, ob sie die Menge des Plastikmülls über Verbote, Steuern oder besseres Recycling senken wollten.

#### Berlin ist für Stärkung der EU

„Wir sind bereit, für eine Stärkung der Europäischen Union Verantwortung zu übernehmen – dazu gehört aber eine faire Lastenteilung aller Mitgliedstaaten“, erklärten Bundesfinanzminister Olaf Scholz und Bundesaußenminister Heiko Maas zu dem Kommissionsvorschlag. „Wir werden eine Steigerung um im Schnitt 10 Mrd. Euro ungefähr bewältigen können“, so Scholz. Die Bundesregierung setze sich für eine grund-

## INTERNATIONALE KONFERENZ IN BRÜSSEL

**Zivilgesellschaft in Syrien soll unterstützt werden**

Es gibt keine militärische Lösung für den Konflikt in Syrien und deswegen sollen die politischen Bemühungen um eine Lösung unter Leitung der Vereinten Nationen weiter unterstützt werden. Darin waren sich die Vertreter aus über 80 Ländern bei der von UN und EU in Brüssel organisierten Syrien-Konferenz einig. Auch die in Kämpfe involvierten Staaten Iran, Türkei und Russland hätten ihr Interesse signalisiert, zu einer politischen Lösung beizutragen, sagte die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini. Sie wies darauf hin, dass die Konferenz Außenminister aus Ländern wie Iran, Saudi-Arabien und Katar an einen Tisch gebracht habe, „die sonst nicht viel Zeit miteinander verbringen“.

Einigkeit habe auch über die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft in Syrien bestanden. Auch deren Vertreter nahmen an der Konferenz teil und berich-

teten über die Lage der Menschen (Foto: Nachbildung eines zerstörten Klassenzimmers). Mogherini sagte, sie würdige „die Anstrengungen der Syrer, sowohl innerhalb als auch außerhalb ihres Landes, ihren Mitbürgern zu helfen, aber auch zum Aufbau einer Basis für Versöhnung und zum Wiederaufbau des sozialen Gewebes des Landes für die Zeit nach dem Krieg.“ Zur Unterstützung Syriens wurden bei der Konferenz für die Zeit bis 2020 insgesamt rund 6,9 Mrd. Euro Hilfsgelder zugesagt, wovon etwa 80 Prozent von der EU und ihren Mitgliedstaaten aufgebracht werden. Deutschland sagte Hilfen von rund 1,8 Mrd. Euro zu.

■ [Internationale Syrien-Konferenz](#)



© Save the Children

## REFORM DES GESELLSCHAFTSRECHTS

**Firmengründungen erleichtern und Missbrauch bekämpfen**

EU-Unternehmen sollen das Recht bekommen, ihren Hauptsitz in einen anderen Mitgliedstaat zu verlagern, ohne dass die Firma dazu aufgelöst und neu gegründet werden muss. Allerdings sollen Mitgliedstaaten solche Verlagerungen unterbinden können, wenn festgestellt wird, dass sie dazu gedacht sind, Steuerschlupflöcher auszunutzen oder Arbeitnehmerrechte zu umgehen. Erreichen will die EU-Kommission das durch eine Modernisierung des EU-Gesellschaftsrechts. Mit weiteren Änderungen soll es künftig in allen EU-Staaten möglich werden, alle Typen von Unternehmen auf digitalem Weg zu gründen, auch solche mit beschränkter Haftung.

Bisher gibt es erst in 17 EU-Staaten die Möglichkeit, Unternehmen online zu gründen oder die verlangten Geschäftsunterlagen digital an Firmenregister zu übermitteln. Solche Gründungen seien doppelt so schnell zu realisieren wie solche mit persönlicher Anwesenheitspflicht und kosteten nur etwa ein Drittel. Die Kommission beziffert das Einsparpotenzial für die Unternehmen auf 42 bis 84 Mio. Euro pro Jahr. „Europäische Unternehmen werden zu oft daran gehindert, geschäftliche Chancen im Ausland zu suchen. Unser Ziel ist es, das zu ändern und das Gesellschaftsrecht zu modernisieren“, sagte EU-Justizkommissarin Věra Jourová.

■ [Reform des Gesellschaftsrechts](#)

## VERMEIDBARE KRANKHEITEN

**EU-Kommission will gegen Impfskepsis angehen**

Von 2016 bis 2017 haben sich die Masernfälle in der EU mehr als verdreifacht; 2017 gab es 14.000 Fälle. In den vergangenen beiden Jahren sind laut EU-Kommission über 50 Personen an Masern und zwei an Diphtherie gestorben. „Als Arzt bin ich sehr bestürzt darüber, dass Kinder sterben, weil das Impfangebot schlecht angenommen wird, weil Impfskepsis herrscht oder weil es an Impfstoffen fehlt“, sagte EU-Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis. In Deutschland zum Beispiel geben 10 Prozent der Bevölkerung an, Impfstoffe nicht für sicher zu halten. Empfohlene Impfquoten wurden in den vergangenen Jahren nicht erreicht.

Durch Impfungen können jedes Jahr weltweit zwischen 1 und 3 Millionen Leben gerettet werden. Laut dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten treten aber außer Masern aufgrund unzureichender Impfungsquoten auch andere vermeidbare Krankheiten wieder auf und fordern in der EU immer noch Todesopfer bei Kindern und Erwachsenen. Die Kommission hat nun Empfehlungen an die Mitgliedstaaten gerichtet, das Thema gemeinsam anzugehen. Dazu gehören Informationen zur Überwindung der Impfskepsis, gemeinsame Impfstrategien, die Schulung von Beschäftigten im Gesundheitssektor und der Austausch über Impfstoffbestände.

■ [Kampf gegen vermeidbare Krankheiten](#)

## EINSATZ IM FREIEN UNTERSAGT

**Beschränkungen für Insektizide sollen Bienen schützen**

Die drei Insektizide Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam - bekannt als Neonikotinoide - dürfen künftig nur noch in Gewächshäusern verwendet werden, wo sie Bienen nicht gefährlich werden können. Einem entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission haben Vertreter der EU-Staaten zugestimmt. Die Kommission kann die Verordnung nun in den kommenden Wochen formal beschließen, sie könnte bis Ende des Jahres in Kraft treten. Der EU-Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit Vytenis Andriukaitis begrüßte das Votum. „Die Gesundheit von Bienen bleibt für mich von überragender Bedeutung, denn sie wirkt sich auf Artenvielfalt, Nahrungsmittelproduktion und die Umwelt aus“, sagte er. Er hatte den Vorschlag aufgrund einer Risikoanalyse der EU-Lebensmittelsicherheitsbehörde (EFSA) gemacht, die Neonikotinoide für eine Gefahr für Bienen hält.

Der Einsatz der drei Stoffe ist bereits seit Dezember 2013 stark eingeschränkt worden. Seitdem dürfen sie nicht für die Saatgutbehandlung sowie zur Boden- und Blattbehandlung bei Pflanzen eingesetzt werden, die Bienen anziehen: Mais, Raps, Sonnenblumen und Baumwolle. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner teilte mit, die Bundesregierung habe für die Verschärfung der Regelung gestimmt.

■ [Verbot bienenschädlicher Insektizide](#)

## EU soll führende Rolle bei Entwicklung künstlicher Intelligenz spielen



Die Entwicklung künstlicher Intelligenz verläuft rasant. Die EU-Kommission will mit ihren Vorschlägen für einen angemessenen Rahmen sorgen.

Mit finanzieller Unterstützung, neuen Ausbildungsgängen und ethischen Leitlinien will die EU-Kommission dafür sorgen, dass in der EU die Möglichkeiten der künstlichen Intelligenz (KI) optimal genutzt werden, die als eine der strategisch bedeutendsten Technologien unseres Jahrhunderts gilt. „Wie die Dampfmaschine oder der elektrische Strom in der Vergangenheit ändert die KI unsere Welt grundlegend. Damit sind neue Herausforderungen verbunden, die wir in Europa gemeinsam meistern müssen, damit die Vorteile der KI allen Menschen zugute kommen können“, sagte der für den digitalen Binnenmarkt zuständige Kommissionsvizepräsident Andrus Ansip.

> Den Förderbedarf für Forschung und Entwicklung zur künstlichen Intelligenz im öffentlichen und privaten Sektor veranschlagt die Kommission auf rund 20 Mrd. Euro bis Ende 2020. Aus dem EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizont 2020“ sollen in diesem Zeitraum 1,5 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt werden, weitere 500 Mio. Euro aus dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI).

Da Daten das Rohmaterial für die KI-Technologien sind, strebt die Kommission den Aufbau einer datengestützten Wirtschaft in der EU an. Hierzu schlägt sie eine Überarbeitung der Richtlinie über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (PSI) vor. Ziel ist es, einen Markt für die Weiterverwendung der vorhandenen riesigen Datenmengen zu schaffen, wovon vor allem kleine und mittelgroße Unternehmen profitieren sollen. Erleichtert werden soll so etwa die Nutzung der Daten von Versorgungs- und Verkehrsunternehmen sowie der öffentlich finanzierten Forschung. Auch sollen mehr Daten in Echtzeit verfügbar werden, um etwa Wetter- oder Verkehrs-Apps zu entwickeln, und die Kosten der Weiterverwendung sollen gesenkt werden. Die Kommission legte auch Leitlinien zur Weitergabe von Daten aus dem privaten Sektor vor.

Durch künstliche Intelligenz werden viele neue Arbeitsplätze entstehen, andere werden jedoch verschwinden und die meisten werden sich ändern. Die Kommission forderte die Mitgliedstaaten auf, ihre Ausbildungssysteme anzupassen.

Die Vermittlung digitaler Fähigkeiten soll mit Geldern aus dem Europäischen Sozialfonds gefördert werden, die Mittel dafür sollen erhöht werden.

### Der Mensch soll bestimmend bleiben

Bis Jahresende will die Kommission in Zusammenarbeit mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ethische Leitlinien für die KI-Entwicklungen erarbeiten, die auf der EU-Grundrechtecharta beruhen. Der Mensch stehe bei der künstlichen Intelligenz im Mittelpunkt, und es müsse sichergestellt werden, dass der Mensch weiter alles bestimmt, sagte EU-Digitalkommissarin Mariya Gabriel. „Diese Rolle kann niemals von Maschinen übernommen werden.“ Es werde aber mit Blick auf Haftungsfragen darüber zu diskutieren sein, ob Roboter Rechtspersönlichkeit erhalten sollten. Dies hat das Europäische Parlament bereits gefordert.

Einer Umfrage des Bundesverbandes Digitale Wirtschaft (BVDW) zur künstlichen Intelligenz zufolge glaubt jeder Zweite, dass negative und positive Effekte sich die Waage halten werden. 18 Prozent erwarten ein schlechteres Leben, 21 Prozent ein besseres. Eine Mehrheit von 54 Prozent geht davon aus, dass Krankheiten mithilfe KI besser diagnostiziert werden können. Um unter anderem dies zu ermöglichen, legte die Kommission einen Aktionsplan zum Umgang mit den medizinischen Daten der Bürger vor. Angestrebt wird dabei auch, dass auf Patientendossiers auch im Ausland zugegriffen werden kann und die Entwicklung individueller Präventions-Apps ermöglicht wird, sagte Ansip.

### Transparentere Online-Marktplätze angestrebt

Mit einer weiteren Verordnung will die Kommission Online-Marktplätze wie Amazon und eBay sowie Suchmaschinenbetreiber wie Google Search oder Yahoo! dazu verpflichten, transparenter zu machen, nach welchen Kriterien die Reihenfolge der angezeigten Suchergebnisse bestimmt wird. Außerdem soll verhindert werden, dass große Konzerne kleinen Unternehmen, die die Plattformen zum Verkauf oder zur Werbung für Produkte nutzen, unfaire Klauseln diktieren. Das deutsche Handwerk begrüßte den Vorschlag. Besonders kleine Unternehmen seien anfällig für unfaire Behandlungen durch Plattformbetreiber, erklärte ZDH-Generalsekretär Holger Schwannecke. (ste/frh) >

### Investitionen in Künstliche Intelligenz

#### Desinformationen aufdecken

Die Internetkonzerne sollen mehr tun, um die Verbreitung von Desinformationen oder „gefälschten Nachrichten“ auf ihren Websites zu unterbinden. Bis Juli sollen sie einen gemeinsamen Verhaltenskodex erarbeiten und ein Netz von Faktenprüfern einrichten. Die Nutzer müssten Werkzeuge an die Hand bekommen, um Falschmeldungen erkennen zu können, sagte EU-Digitalkommissarin Mariya Gabriel. Geschäftsmodelle wolle die Kommission aber nicht ändern und sie strebe auch kein „Wahrheitsministerium“ an. Im Oktober will Gabriel „sichtbare Ergebnisse“ sehen.

## EU redet weiter mit den USA und schließt Abkommen mit Mexiko

Die Entscheidung der US-Regierung, die EU bis zum 1. Juni weiter nur vorläufig von Strafzöllen auf Stahl- und Aluminiumeinfuhren auszunehmen, werde die Unsicherheit für Unternehmen verlängern und sei nicht mit dem Schutz der „nationalen Sicherheit“ zu rechtfertigen, hat die EU-Kommission erklärt. Die EU sollte vollständig ausgenommen werden, denn „die Überkapazitäten im Stahl- und Aluminiumsektor haben ihren Ursprung nicht in der EU“, so die Kommission. Sie kündigte an, im Namen der EU-Staaten weiter mit den USA zu verhandeln. Die EU strebt gute Beziehungen mit anderen Handelspartnern an und wird mit Mexiko ein neues Freihandelsabkommen abschließen.



Die Diskussionen über dauerhafte Ausnahmen der EU von US-Zöllen auf Stahl und Aluminium gehen weiter. Gleichzeitig strebt die EU Handelsabkommen mit anderen Partnern an.

> Beide Seiten haben sich grundsätzlich auf eine Neufassung ihres 18 Jahre alten Freihandelsabkommens geeinigt, mit der praktisch alle Zölle beseitigt werden sollen. „Nach weniger als zwei Jahren haben die EU und Mexiko ein Abkommen geliefert, das den wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts genügt“, sagte EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström. „Mit diesem Abkommen gesellt sich Mexiko zu Kanada, Japan und Singapur auf der wachsenden Liste von Partnern, die mit der EU zusammenarbeiten wollen, um sich gemeinsam für einen offenen, fairen und regelbasierten Handel einzusetzen“, erklärte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker.

„Der Handel kann und sollte ein Win-Win-Prozess sein, und die Vereinbarung zeigt genau das“, sagte Juncker. Von dem neuen Abkommen werden der Kommission zufolge in erster Linie die Exporteure landwirtschaftlicher Produkte in der EU profitieren. So wurden Zollerleichterungen und höhere Quoten für viele Käsesorten, Milchpulver, Schweinefleisch, Schokolade und Teigwaren ausgehandelt. Agrarkommissar Phil Hogan sprach von einer „deutlichen“ Steigerung der EU-Agrarexporte nach Mexiko. Für 340 Lebensmittel und Getränke aus der EU gilt künftig in Mexiko der Schutz der geografischen Herkunftsbezeichnung.

Beide Seiten öffnen zudem ihre Märkte für das öffentliche Beschaffungswesen. Weitere Erleichterungen soll es im Handel mit Dienst-

leistungen geben. Der Investorenschutz soll im Rahmen des neuen Investitionsgerichtssystem der EU geregelt werden. Einige rein technische Details müssten aber noch geklärt werden, sagte Malmström. Schwierigkeiten seien dabei nicht zu erwarten.

### Wichtiger Partner für Deutschland

Der Außenwirtschaftschef des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Volker Treier, nannte den Verhandlungsdurchbruch „ein notwendiges Signal für mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit zur rechten Zeit“. Das Abkommen zeige, „dass transatlantischer Handel auch positiv gestaltet werden kann“, sagte er. Mit einem Volumen von 12,9 Mrd. Euro sei Mexiko das mit Abstand wichtigste Zielland deutscher Exporte nach Lateinamerika. „Der lange Atem der EU hat sich gelohnt“, konstatierte der DIHK-Außenwirtschaftschef. Insgesamt sei das bilaterale Handelsvolumen auf über 20 Mrd. Euro angewachsen, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel.

### Gespräche mit den USA

Die EU-Kommission hat mehrmals ihre Bereitschaft signalisiert, mit Washington darüber zu reden, wo der Marktzugang für beide Seiten verbessert werden könnte. Als langjähriger Partner und Freund der USA werde man aber nicht „unter Drohungen“ verhandeln, erklärte die Kommission. Jedes „transatlantische Arbeitsprogramm“ müsse ausgewogen sein und beiden Seiten Vorteile bieten.

Sie nannte die Einigung bei der Hannover Messe, wo Mexiko in diesem Jahr Partnerland war, „eine gute Nachricht für Deutschland, die EU und Mexiko“ und sagte, Handelskommissarin Malmström habe „herausragende Arbeit“ geleistet. Bei der Messe unterzeichneten Deutschland und Mexiko zudem eine eigene Kooperationsvereinbarung.

Auch Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier sieht in der Modernisierung des Handelsabkommens mit Mexiko „ein Signal für freien und fairen Welthandel“. Die Strategie der EU sei richtig: „Wir setzen auf Öffnung, nicht auf Abschottung.“ Mit Mexiko binde die EU nun einen wichtigen Partner in Lateinamerika näher an sich. „Das sorgt auf beiden Seiten des Atlantik für mehr Beschäftigung und Wohlstand“, sagte Altmaier.

### US-Protektionismus brachte Schub

Die im Mai 2016 begonnenen Verhandlungen zwischen der EU und Mexiko haben an Fahrt aufgenommen, nachdem US-Präsident Donald Trump im vergangenen Jahr sein Amt angetreten und Kanada und Mexiko gezwungen hatte, das 1994 in Kraft getretene nordamerikanische Freihandelsabkommen Nafta neu zu verhandeln. Die protektionistischere Politik der USA habe in der EU dazu geführt, dass der Handel eine höhere Priorität erhalten hat, sagen EU-Beamte. (ste/frh) >

Handelsabkommen EU-Mexiko

## Europa mit allen Sinnen erleben



Bei der Aktion „Wie schmeckt Europa?“ kann man sich in Berlin auf eine kulinarische Reise durch die EU begeben.

> Hier einige Beispiele aus dem umfangreichen Programm der Europawoche: Ein festes Element ist seit 2007 der „EU-Schulprojekttag“. An diesem Tag laufen deutschlandweit EU-Projekte und Informationsveranstaltungen an Schulen, und Politikerinnen und Politiker – von Bundeskanzlerin Angela Merkel über Europa-, Bundes-, Landes- bis zu Kommunalpolitikern und Vertretern von EU-Institutionen – besuchen die Kinder und Jugendlichen. Zum Beispiel wird Richard Kühnel, der Vertreter der EU-Kommission in Deutschland, am 7. Mai im Helmholtz-Gymnasium in **Potsdam** sein, um mit den Schülern über ihre Vorstellungen von Europa zu diskutieren. Wo überall Veranstaltungen stattfinden, kann man auf einer Internetseite der Bundesregierung zum Schulprojekttag nachsehen.

### Auswahl weiterer Termine

- 5. Mai, „Europäischer Feiertag zur Gründung des Europarates 1949“, BERLIN
- 6. Mai, „@home in Europa. Ein Nachbarschaftsfest für alle im Garten des MEK“, BERLIN
- 9. Mai, „Europatagsfest“, FRANKFURT/ODER und SLUBICE
- 9. Mai, „Festakt zur Europawoche. Mit Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther“, LÜBECK
- 15. Mai, Politisches Kabarett, „Hauptsache Europa! Jetzt erst recht!“, OBERKIRCH
- 15. Mai, „Europafest 2018“, POTSDAM

Dass Europapolitik nichts ist, was nur in Brüssel, Straßburg oder Luxemburg passiert, sondern dass sie überall in der EU vor Ort konkrete Auswirkungen hat, soll die Veranstaltungsreihe „Europa in meiner Region“ deutlich machen, die während der Europawoche gestartet wird. Die deutsche Auftaktveranstaltung findet am 7. Mai in der Königlichen Reithalle Cavallo in **Hannover** statt mit Niedersachsens Europaministerin Birgit Honé als Gastgeberin. An dem von TV-Journalistin Gabi Bauer moderierten Abend werden auf spannende Weise EU-Förderprojekte aus ganz Deutschland präsentiert, und das Publikum wählt am Ende das überzeugendste Vorhaben.

Der Europatag am 9. Mai ist vielerorts ein Festtag. In **Berlin** zeichnen etwa EU-Kommission und Senatsverwaltung Initiativen und Personen mit dem „Europapreis Blauer Bär“ aus, die sich für das Zusammenwachsen Europas engagiert haben. In Potsdam bekommen 14 Engagierte die „Europaurkunde Brandenburg“ für ihren Einsatz für die europäische Integration. In **München** wird der Europatag mit einem großen Fest und Informationsveranstaltungen auf dem Marienplatz gefeiert, mitorganisiert von der EU-Kommission. Am Brandenburger Tor in **Berlin** versammeln sich um 11 Uhr die Teilnehmerinnen eines „Marsch der Frauen“, die unter dem Motto „Frauen für Europa – Europa für Frauen“ für ihre Rechte demonstrieren. Sie sind anschließend eingeladen, die Multimedia-Ausstellung „Erlebnis Europa“ im Europäischen Haus zu besuchen, die an dem Tag ihr zweijähriges Bestehen feiert, unter anderem mit einem Europa-Quiz.

Volksfeste, Diskussionsrunden, Theateraufführungen, Preisverleihungen oder Ausstellungen: Anfang Mai gibt es in ganz Deutschland Gelegenheit, sich auf verschiedenste Art und Weise dem Thema „europäische Integration“ zu nähern. Ein vielfältiges Programm wird quer durch das Land während der jährlichen „Europawoche“ angeboten, die übrigens mehr als sieben Tage hat. In ihrem Mittelpunkt liegen der 5. Mai als Gründungstag des Europarats 1949 und der „Europatag“ am 9. Mai. An diesem Tag hielt 1950 der damalige französische Außenminister Robert Schuman seine berühmte Rede, in der er die Bildung einer Gemeinschaft für Kohle und Stahl vorschlug – Kern der heutigen EU.

**Aachens** großer Festtag ist am 10. Mai, wenn der traditionsreiche Internationale Karlspreis für Verdienste um die europäische Einigung verliehen wird. In diesem Jahr wird Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron ausgezeichnet.

Dass auch die Liebe zu Europa durch den Magen gehen kann, wollen in der Europawoche die Kantinen der **Berliner** Verwaltungen und Eigenbetriebe die Mensen der Europaschulen und andere Gastronomieeinrichtungen beweisen, indem sie ihren Gästen ein kulinarisches Angebot quer durch die EU-Staaten anbieten. Das kann von der kalten Gurkensuppe Tarator aus Bulgarien über italienische Nudelspezialitäten, griechisches Moussaka bis zu portugiesischen Pasteis reichen.

Das gastronomische Projekt ist auch ein Beitrag zum diesjährigen „Europäischen Kulturerbejahr“, das noch viele andere Veranstaltungen der Europawoche inspiriert. Etwa das Theaterstück „Borderliner. Eine neue EU-Familienaufstellung“, das am 14. Mai im Berliner TAK aufgeführt wird. Zu den Diskussionsangeboten der Europawoche gehören etwa das IHK-Europa-Forum „Zukunft der EU von Macron bis Brexit – Was will die Wirtschaft?“ am 7. Mai in **Mainz** oder auch der Bürgerdialog mit Frans Timmermans, dem Ersten Vizepräsidenten der EU-Kommission, am 24. Mai in **Frankfurt/Oder**. (frh) >

■ *Zum Programm der Europawoche 2018*

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 06.05.2018 13.00–14.00 Uhr	„Europakenner*innen gesucht!“ Europaquiz für Jugendliche <b>Veranstalter:</b> Europe Direct Dortmund	DortBunt-Festival Hansastraße <b>44137 Dortmund</b>	www.europe-direct-dortmund.de/europaquiz/
> 07.05.2018 17.30–21.30 Uhr	„PESCO – Der Weg in eine europäische Armee?“ Podiumsdiskussion <b>Veranstalter:</b> Reservistenverband Schleswig-Holstein, Gesellschaft für Sicherheitspolitik, Europa-Union Schleswig-Holstein	Güterbahnhof Tonberg 15 <b>24113 Kiel</b>	www.europatermine.de/termine/datum/2018/mai/7/termin/einzel/pesco_der_weg_in_eine_europaeische_armee.html
> 08.05.2018 16.00–19.30 Uhr	„EU-Radtour durch den Nürnberger Norden“ Experten referieren an verschiedenen Stationen über die Auswirkungen europäischer Politik <b>Veranstalter:</b> EUROPE DIRECT-Informationszentrum Nürnberg	Treffpunkt Am Stadtpark 23 <b>90409 Nürnberg</b>	www.europa.nuernberg.de
> 08.05.2018 18.30–21.00 Uhr	„Irland, Europa und doch kein Brexit“ Informationsveranstaltung <b>Veranstalter:</b> Europa-Union-Deutschland, Landeshauptstadt Wiesbaden	Landeszentrale für Politische Bildung Georg-August-Zinn-Straße 1 <b>65189 Wiesbaden</b>	www.europa-union-hessen.de/kreisverbaende/wiesbaden-rheingau-taunus/
> 09.05.2018 08.00 Uhr	„Rechtspopulismus in der EU und Deutschland“ Podiumsdiskussion <b>Veranstalter:</b> Europe Direct Brandenburg an der Havel	von Saldern-Gymnasium Brandenburg an der Havel Franz-Ziegler-Straße 29 <b>14776 Brandenburg an der Havel</b>	www.europatermine.de/termine/datum/2018/mai/9/termin/einzel/rechtspopulismus_in_der_eu_und_deutschland.html
> 09.05.2018 18.00 Uhr	„Europa im Kopf. Moderne Entwürfe eines vereinten Europas“ Vortrag <b>Veranstalter:</b> Europe Direct Informationszentrum Dresden	KUNSTRAUM Dresden Schützenplatz 1 <b>01067 Dresden</b>	http://europa-in-dresden.de/europe-direct/edic/das-edic-dresden/
> 14.05.2018 19.00–21.00 Uhr	„Macron - Vorbild für Europa?“ Vortrag <b>Veranstalter:</b> Europa-Union Augsburg e.V.	Brauhaus 1516 Hauptbahnhof Augsburg <b>86150 Augsburg</b>	www.europaunion-augsburg.de/
> 15.05.2018 18.30–20.30 Uhr	„Europastammtisch - zur EU Ratspräsidentschaft Bulgariens“ Informationsveranstaltung <b>Veranstalter:</b> Europa-Union Augsburg e.V.	Brauhaus 1516 Hauptbahnhof Augsburg <b>86150 Augsburg</b>	www.europaunion-augsburg.de/
> 16.05.2018 19.00–21.00 Uhr	„Ein Jahr Macron: Reformen im Galopp – auch in Europa?“ Podiumsdiskussion <b>Veranstalter:</b> Europe Direct Dortmund, Auslandsgesellschaft NRW e.V.	Auslandsgesellschaft NRW e.V. Steinstraße 48 <b>44147 Dortmund</b>	www.europe-direct-dortmund.de/event/macron-reformen-europa/
> 17.05.2018 16.30–21.00 Uhr	„Europe en marche? Ideen für ein progressives Europa“ Konferenz <b>Veranstalter:</b> Heinrich-Böll-Stiftung	Heinrich-Böll-Stiftung - Bundesstiftung Berlin Schumannstraße 8 <b>10117 Berlin</b>	www.europatermine.de/termine/datum/2018/mai/17/termin/einzel/europe_en_marche.html

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: [https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de)

## IMPRESSUM

© Europäische Union, 2018

**Herausgeber:**  
Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Richard Kühnel  
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

**Regionalvertretung in München:**

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

**Redaktion & Grafik:**

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)  
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski  
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24  
• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

**Herstellung:**

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH  
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.

Print  kompensiert



**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook  und folgen Sie uns auf Twitter 

„EUROPA FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER“

## Seminar zu Partnerschaftsprojekten in Bonn



Persönliche Begegnungen zwischen Menschen aus verschiedenen Ländern sind für den Prozess der europäischen Einigung ganz entscheidend. Denn durch sie wächst das Verständnis für andere Kulturen und Sichtweisen und für die Vielfalt innerhalb der EU. Partnerschaftsprojekte wie internationale Begegnungen, Austauschprogramme, Kooperationen, Sportbegegnungen oder Städtepartnerschaften werden deshalb gefördert. Zum Beispiel über das EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“.

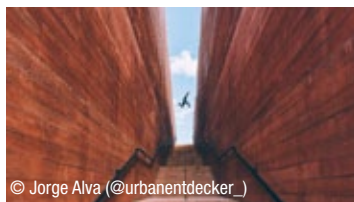
Die deutsche Kontaktstelle für das Programm KS EfBB organisiert am 29. Mai in Bonn ein Seminar, bei dem es darum geht, welche bürgernahe Partnerschaftsprojekte finanziell unterstützt werden können, und wie die entsprechenden Anträge zu stellen sind. Zielgruppe sind etwa Europabeauftragte von Kommunen und Aktive in Vereinen und anderen Organisationen.

■ [Zum Seminar „Europa gemeinsam gestalten“](#)

„EUROPEAN LENS“

## Euronews stellt Werke europäischer Fotografen vor

Neue, ungewöhnliche Blicke auf Europa, seine Architektur und seine Menschen will der Fernsehsender Euronews durch die Initiative „European Lens“ bieten. Einmal im Monat sollen dabei bekannte oder weniger bekannte europäische Fotografen ausgewählt werden, deren Aufnahmen über die Webseite und andere Kanäle des Senders einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt werden. „Fotografie als starkes Instrument des Ausdrucks und der Dokumentation ist ein unverzichtbares Medium für Journalismus“, erklärt der auch von der EU unterstützte Sender zu der Initiative. An einem Wochenende pro Monat sollen die Werke von Fotografen, egal ob eindrucksvolle Bilder oder „dynamische Interviews“ eine Plattform auf Euronews bekommen.



© Jorge Alva (@urbanentdecker\_)

Erster präsentierter Künstler war der in Südamerika geborene Jorge Alva, der hauptsächlich in Berlin und Warschau fotografiert. Sein Thema sind ungewöhnliche Ansichten von Städten und Architektur. Er sucht mit der Kamera nach Mustern und Symmetrien und transformiert dabei teils alltägliche Ansichten in surrealistische Bilder.

■ <http://ec.europa.eu/>

WETTBEWERB „YOUTH4REGIONS“

## Preise für Medienbeiträge über EU-Regionalförderung ausgesetzt



Durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) oder den EU-Kohäsionsfonds werden viele Projekte unterstützt, die ganz konkrete Auswirkungen vor Ort in den Mitgliedstaaten haben. Zahlreiche Menschen haben mit Hilfe der finanziellen Unterstützung schon einen neuen Arbeitsplatz gefunden, kleine Unternehmen konnten ihre Geschäftsideen verwirklichen und auch medizinische oder Gemeinschaftseinrichtungen auf dem Land haben profitiert.

Die EU-Kommission lädt alle angehenden Journalistinnen und Journalisten ein, über solche Projekte zu berichten und sich mit ihren Beiträgen am Wettbewerb „Youth4Regions“ zu beteiligen. Die besten Wort- oder Videobeiträge werden mit einer Veröffentlichung und einer Reise nach Brüssel belohnt, wo sie an der Europäischen Woche der Regionen und Städte teilnehmen können. Die 28 Preisträger (einer aus jedem Mitgliedstaat) erhalten außerdem Seminarangebote zu den Themen Journalismus, Kommunikation und Kohäsionspolitik in Brüssel. Einsendeschluss für die Beiträge ist der 29. Juni.

■ [Zur Bewerbung für EU-Medienprogramm](#)

UMGANG MIT MIGRATION

## Erfahrungen europäischer Städte mit Integration

Konflikte, Krisen und wirtschaftliche Not bewegen Millionen Menschen in aller Welt, ihre Heimat zu verlassen und in anderen Ländern Schutz und Perspektiven zu suchen – auch in der EU. „Nach dem jüngsten Anstieg der Flüchtlingsankünfte in Europa ist es jetzt an der Zeit, die kollektive Aufmerksamkeit auf die wirksame Integration der Menschen zu richten, die in unseren Gesellschaften Schutz erhalten haben“, sagte Dimitris Avramopoulos, EU-Kommissar für Migration und Innenpolitik. Gemeinsam mit der OECD hat die EU-Kommission nun einen Bericht dazu vorgelegt, welche kommunalen Verfahren zur Integration von Migranten sich besonders bewährt haben und welche Unterstützung Städte und Gemeinden dabei von der EU erhalten können.

Die Empfehlungen reichen von einem besseren Abgleich der Kompetenzen von Migranten mit dem Bedarf auf den lokalen Arbeitsmärkten bis hin zur Schaffung gemeinsamer Räume für Begegnungen. Für den Bericht wurden Integrationsprogramme in neun europäischen Großstädten, darunter Berlin, untersucht, sowie die deutsche Kleinstadt Altena.

■ [Erfahrungen mit Integration von Migranten](#)